



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

Willi-Eichler-Akademie e. V. und Willi-Eichler-Bildungswerk

Wir suchen den Dialog mit allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

Wir bieten Programme und Fortbildungen an, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemeinen politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen.

Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in NRW und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen. Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich.

Impressum

Willi-Eichler-Akademie e.V.
Venloer Wall 15, 50672 Köln
Vorsitzender: Martin Schilling

Layout/Gestaltung und Druck
graphik und druck, Dieter Lippmann, Köln

Bildnachweise:
Stefan Stader ©

Laura Clarissa Loew

IMPULSE

Osteuropa weiter denken – ein Plädoyer für
neue Perspektiven in der (deutschen) Debatte
über Osteuropa

APRIL 2023

WWW.WEB-KOELN.DE

13

„MusterschülerInnen“ oder „Problemkinder“ – Osteuropa nach dem Systemwandel

„Im Rahmen unseres Projektes „Transformation der Erinnerung – Transformation der Aufarbeitung“ wollen wir über die bisherige deutsche Perspektive auf „Osteuropa“ blicken und diskutieren, wie sich diese in Zukunft verändern muss, um der historischen Erfahrung und den politischen Notwendigkeiten unserer europäischer NachbarInnen gerecht zu werden.

Mit dem Beitrag von Laura Clarissa Loew wollen wir hierzu einen Beitrag leisten.

Laura Clarissa Loew studiert im Master Geschichte mit Schwerpunkt Osteuropa an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie ist Co-Redakteurin der „Jungen Perspektiven“ der Zeitschrift „Perspektiven DS“ und von 2019-2021 war sie Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.



Laura Clarissa Loew

Osteuropa weiter denken – ein Plädoyer für neue Perspektiven in der (deutschen) Debatte über Osteuropa

Universitätsinstitute, die sich auf historischer, kulturwissenschaftlicher oder linguistischer Ebene mit Osteuropas Sprache, Geschichte und Gesellschaft auseinandersetzen, stellen üblicherweise eigene Biotope dar, in deren Gänge sich selten andere VertreterInnen der jeweiligen Fachdisziplinen verirren. Aber genau wie viele andere gesellschaftliche Bereiche sind auch diese Mikrokosmen mit der Ausweitung des russischen Angriffskrieges auf das gesamte ukrainische Territorium sozusagen explodiert. In letzter Minute geplante Vorlesungen zur Geschichte der Ukraine, deren HörerInnenzahlen wenn nicht ganz die Marke von Einführungsveranstaltungen in Maschinenbau erreichen, so doch fachinterne Rekorde brechen, reihenweise Meinungsbeiträge in deutschen Leitmedien, die zuvor vereinzelt Fachkoryphäen vorbehalten waren, und die auf einmal freiwerdenden Finanzmittel, die Universitätsleitungen nun fast bereitwillig zur Verfügung stellen, sind nur einige Anzeichen dieser plötzlichen Popularität. Und nun ist es selbstverständlich müßig, sich über die Funktionsweisen von Aufmerksamkeitsökonomie zu echauffieren, über das Kaputtsparen der Osteuropaforschung an deutschen Hochschulen, oder gar die Leier zu bemühen, dass OsteuropaexpertInnen schon vor Jahren vor genau diesem Szenario gewarnt hätten. Es

lohnt jedoch, noch einmal einen Blick darauf zu werfen, wie die deutsche Wissenschaft und Politik, besonders auch sozialdemokratische und progressive Stimmen, in den letzten Jahren über Osteuropa¹ diskutiert haben, diese Debatten mit Diskursen in den Ländern selbst abzugleichen und schließlich abzuwägen, wie sich diese Diskussion produktiv weiterentwickeln kann.

„MusterschülerInnen“ oder „Problemkinder“ – Osteuropa nach dem Systemwandel

Auf politischer Ebene schwang das Bewertungspendel in den letzten Jahren von Begeisterung für die Turbo-Demokratisierung (und -Kapitalisierung), insbesondere in den „neuen“ EU-Mitgliedsländern, um zu einem (erneuten?) Rückständigkeits-Narrativ angesichts von Wahlerfolgen von Populisten, Rechtsstaatsbedrohungen wie in Polen oder Ungarn oder Einschränkungen von Menschenrechten, wie Einschränkungen von Abtreibungsrechten oder Diskriminierung von LGBT-Personen. Ergänzend wird in diesen Diskursen einem aufgeklärten (west-)europäischen Verfassungspatriotismus ein aggressiver, ethnisch exklusiver osteuropäischer Nationalismus entgegengesetzt. Diese Gegenüberstellung ist nicht zuletzt der schon in der sowjetischen Propaganda verwendeten und nun durch Putin wieder aufgewärmten Mär von „Nazis in der Ukraine“ geschuldet, der ein Teil der westlichen Linken immer noch aufsitzt. Einerseits wird damit die Globalität populistischer und autoritärer Strömungen ignoriert, die alternative Modernitätsvorstellungen zur liberalen, de-

¹ Der Begriff „Osteuropa“ müsste eigentlich auch Teil einer Reflexion über den deutschen Diskurs sein, da er weder geographischen noch historisch oder politisch eindeutig verwendet wird und häufig auch schon eine Wertung und Zuschreibung enthält. In diesem Kontext wird er aber in dem Sinne verstanden, wie er in der deutschen Debatte meist verwendet wird, ist, nämlich als (generalisierende) Sammelbezeichnung aller post-sozialistischen Staaten.

mokratischen Weltordnung präsentieren. Ob islamistische Radikale, evangelikale Rechtsextreme in Südamerika und den USA oder die von einigen als „Raschismus“² bezeichnete Ideologie Russlands und ihre Zöglinge á la Le Pen, Kaczyński, Salvini oder Orbán, sie alle vereint der Abscheu gegen die „verkommene“ westliche Welt.

Andererseits verkennt diese Argumentation jedoch auch den spezifischen lokalen Kontext der „postkommunistischen/-sozialistischen“ Staaten. Frei nach dem Motto „für Demokratie gekämpft, den Kapitalismus for free dazubekommen“ erlebte Osteuropa in den 90er Jahren eine Phase der wilden Neoliberalisierung, die zwar das Lob Westeuropas, aber auch Arbeitslosigkeit, den Zusammenbruch von Infrastruktur, insb. im ländlichen Raum, und große soziale Ungleichheit zur Folge hatte – und bis heute hat. Die Losungen von Demokratie und Liberalismus wurden damit für viele Menschen diskursiv verknüpft mit den realen Erfahrungen von Armut und Erniedrigung und sind es bis heute. Die jüngsten Wahlerfolge von Populisten bis Rechtsextremen in diesen Regionen werden nur allzu oft – wie auch im westdeutschen Diskurs über Ostdeutschland – als „Demokratiefähigkeit“ abgetan. Diese plumpe Bewertung ignoriert einerseits die materiellen Verluste, die viele BürgerInnen der „postkommunistischen/-sozialistischen“ Staaten nach dem Systemwandel erlebt haben, andererseits aber auch die Kränkungen auf identitärer Ebene, die dieser Bruch nach sich zog. Um das „ostalgie“ Sentiment zu überwinden und die Abwanderung der potentiellen WählerInnen einer Linken – nicht nur in Mittel- und Osteuropa – zu Rechtspopulisten zu verhindern, muss es sozialdemokratischen und sozialistischen politischen Kräften also gelingen, die negativen Konnotationen großer Teile der Bevölkerung mit einer liberalen Gesellschaftspolitik und der Vertretung demokratischer Werte aufzubrechen. Damit das gelingt, muss sie die sozialen Nöte aufgreifen, ohne dabei bei gesellschaftspolitischen Fragen in Populismus abzurutschen und betonen, dass Demokratie und (neoliberaler) Kapitalismus kein untrennbares Wortpaar ist.

Zwischen „Ostalgie“ und «Dekommunisierung» – der Blick auf die staatssozialistische Vergangenheit

Doch nicht nur die materiellen Bedürfnisse eines großen Teils der Bevölkerung, der nicht direkt von der demokratischen und kapitalistischen Wende in Mittel- und Osteuropa profitiert hat, wurden im (west-)europäischen und liberalen politischen Diskurs lange ignoriert. Während die post-sozialistischen und -kommunistischen Staaten sich nach 1989/91 auf einem geschichtspolitischen Spektrum zwischen radikaler (zumindest diskursiver) Dekommunisierung und mangelnder Aufarbeitung bewegen, spielt sich die Debatte in der deutschen Linken zwischen einer unkritischen Verherrlichung der „realsozialistischen“ Systeme und dem Herumwerfen mit „Totalitarismusthesen“ ab, das die Auseinandersetzung mit der Spezifik der staatssozialistischen Systeme verunmöglicht. Weder die eine noch die andere Ausprägung dieser vergleichbaren Debatten bildet jedoch die realen Erfahrungen der diversen Bevölkerungsgruppen dieser Staaten ab.

Der Bruch mit den staatssozialistischen Systemen auf geschichts- und erinnerungspolitischer Ebene führte in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas zu einer Rückbesinnung auf nationale Strömungen des frühen 20. Jahrhunderts.³ Diese Suche nach einer „vor-kommunistischen“ nationalen Identität führte neben der Rückbesinnung auf demokratische politische Traditionen teilweise zum Rückgriff auf ethnisch-nationalistische AkteurInnen der Zwischenkriegszeit und die Glorifizierung antikommunistischer WiderstandskämpferInnen, die in einigen Fällen jedoch während des Zweiten Weltkriegs aus zweckrationalen oder ideologischen Gründen mit den Nationalsozialisten kollaborierten.⁴ Praktisch zeigt sich diese neue Geschichtspolitik in der Umbenennung von Straßen, dem Abriss und der Neuerrichtung von Denkmälern oder der Einrichtung von Gedenktagen.⁵ Im Gegensatz dazu berufen sich entweder einzelne politische AkteurInnen (meist die NachfolgerInnen der jeweiligen kommunistischen Parteien) oder ganze Staaten explizit auf das sowjetische/sozialistische Erbe und verweigern sich einer Aufarbeitung. Die kommunistischen Verbrechen werden entweder ignoriert (bspw. Russische Föderation und Belarus dar) oder externalisiert. Letztere Tendenz findet sich vor allem in den ehemaligen sozialistischen Satellitenstaaten und in den nicht-russischen Sowjetrepubliken, in denen die kommunistischen Funktionäre als „aus Moskau gesendet“ markiert und die Traditio-

nen eigener sozialistischen und kommunistischen Bewegungen ignoriert werden.

Parallel dazu können in „westlichen“ (linken) Diskursen entweder die Glorifizierung der sowjetischen und kommunistischen Staaten beobachtet werden, die von Gulag-Memes in den sozialen Medien, der Benutzung sowjetischer Symbolik oder gar dem aktiven (theoretischen) Bezug auf Lenin bis Mao reicht, oder allerdings das liberal-bürgerliche Paradigma von den zwei gleichzusetzenden Totalitarismen. Ersteres ignoriert nicht nur offensichtlich das Unrecht der kommunistischen Staaten, sondern fällt auch dem Trugbild von Internationalismus und gesellschaftlicher Gleichheit zum Opfer, das die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten gerne vor sich hertrugen.⁶ Doch auch die zweite Position stellt eine Vereinfachung dar. Der totalitäre Charakter insbesondere des stalinistischen Systems und der Staatsterrorismus durch Deportationen, Zwangsarbeit sowie die versuchte Auslöschung ganzer Bevölkerungsgruppen ist unbestritten. Die diskursive Parallelisierung der NS-Diktatur und des Sowjetkommunismus jedoch entlässt aus der Verantwortung, sich kritisch mit der Spezifik der staatssozialistischen Systeme – ihrer über 70-jährigen Existenz in dutzenden unterschiedlichen Ländern – auseinanderzusetzen. Außerdem öffnet sie gerade in der deutschen Debatte Tür und Tor für die Entlastung des eigenen schlechten Gewissens⁷ angesichts des nationalsozialistischen Terrors, der sich von deutschem Boden auf ganz Europa erstreckt hatte.

Schließlich greift keiner dieser dargestellten Diskurse die Diversität der Erfahrungen der Bevölkerung der staatssozialistischen Systeme auf; von Opfern der au-

toritären Unterdrückung zu Bildungsaufsteigern aus sozial schwachen Schichten, von opportunistischen Parteikadern zu idealistischen Sozialisten, deren Traum eines humanen Kommunismus in den 1930ern der Sowjetunion oder spätestens 1967/68 platzte. Eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit Mittel- und Osteuropas erfordert sowohl intern als auch extern die Anerkennung der Leiden Verfolgter einerseits, muss aber gleichzeitig die Entmündigung anderer Bevölkerungsgruppen vermeiden, indem ihnen ihre Lebenserfahrungen und -leistungen abgesprochen und sie als „Verführte“ einer Ideologie dargestellt werden. Es lohnt dabei, einen Blick auf interne, linke KritikerInnen der staatssozialistischen Systeme zu werfen, die (zu Beginn) keinesfalls die Überwindung des Sozialismus, sondern ganz im Gegenteil, dessen Weiterentwicklung und Verbesserung forderten. Dazu gehören beispielsweise die Budapester Schule rund um Georg Lukács, die jugoslawische Praxis-Gruppe oder (jüdischstämmige) WissenschaftlerInnen wie Zygmunt Baumann, die nach der antizionistischen Kampagne 1967/68 emigrieren mussten.

Nicht alle nur russisch, christlich, weiß – Diversität in Osteuropa

Ein weiteres Bild, das den westlichen Blick auf Osteuropa dominiert, ist die Vorstellung der Region als ethnisch und religiös homogene. Dies spiegelt sich in der Unfähigkeit der deutschen Behörden wieder, den aus der Ukraine fliehenden Drittstaatenangehörigen, die sich dort schon lange ein Leben aufgebaut haben, Schutz zu gewähren, in der Verwunderung vieler Deutscher, wieso viele der ukrainischen Flüchtlinge denn russisch sprechen würden oder in der Annahme, die immer wieder in linken Internet-Diskursen geäußert wird, nämlich, dass Osteuropäer keine rassistische Diskriminierung erfahren könnten, weil sie ja alle weiß und christlich seien. Auch die bereits genannte Vorstellung der osteuropäischen Nationalismen als außergewöhnlich ethnisch exklusiv und rassistisch schreibt sich in dieses Denkmuster ein.⁸

Diese Perspektive ignoriert die Multikulturalität, – Religiosität und -lingualität, der Region, die historisch lange Traditionen hat. Sowohl die ersten jüdischen wie auch die ersten muslimischen Bevölkerungsgruppen siedelten sich im Zuge des Mittelalters in Osteuropa an. Juden schufen sich in Polen und Litauen bereits im 16. Jahrhundert eine überregionale Selbstverwal-

³ Wobei pauschal eine re-Nationalisierung zu diagnostizieren unangemessen wäre, da die staatssozialistischen sich ganz genau so nationaler Narrative bedienen und somit bspw. das Gedenken an Minderheiten ausschlossen. Ein Gedenken an die jüdischen Opfer des Holocaust beispielsweise wurde in Mittel- und Osteuropa erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wirklich möglich.

⁴ „Beispielsweise die „Verstoßenen Soldaten“ in Polen, die OUN-UPA in der Ukraine, Garegin Nschdeh in Armenien oder die „Waldbrüder“ in den drei baltischen Staaten“.

⁵ Siehe bspw.: „Деконунізація“, in: Український Інститут Національної Пам'яті, <https://uinp.gov.ua/dekomunizacija-ta-reabilitacija/dekomunizacija> [21.11.2022]; „Dekomunizacja Przestrzeni Publicznej“, in: Instytut Pamięci Narodowej, <https://ipn.gov.pl/pl/upamietnianie/dekomunizacja> [21.11.2022].

⁶ Dies tritt besonders eklatant im Falle der Sowjetunion zu Tage, die spätestens nach dem Ende der „коренизація“ (Einwurzelungspolitik) im Jahr 1928 zu einer Russifizierungspolitik umschlug, die alle sowjetischen Teilrepubliken betraf.

⁷ Vgl. die Debatte um den sog. «ersten Historikerstreit»

⁸ Es kann zwar nicht geleugnet werden, dass es in osteuropäischen Ländern durchaus dominante ethnisch basierte nationalistische Strömungen gibt, doch diese konkurrieren oft mit breiter gefassten Nationskonzepten.

² Ukr. „рашизм“, siehe auch: Snyder, Timothy: The War in Ukraine Has Unleashed a New Word. In a creative play on three different languages, Ukrainians identify an enemy: 'ruscism.', in: The New York Times Magazine, 22.04.2022, <https://www.nytimes.com/2022/04/22/magazine/ruscism-ukraine-russia-war.html> [21.11.2022].

tung,⁹ Mittel-/Osteuropa wurde im 17. Jahrhundert zum Ausgangspunkt des Chassidismus¹⁰ und sieben israelische Ministerpräsidenten wurden in Osteuropa geboren.¹¹ Das jüdische Leben in Osteuropa wurde durch den Holocaust beinahe vollständig ausgelöscht und durch den wahlweise als anti-Kosmopolitismus, anti-Kapitalismus oder anti-Trotzkismus getarnten sowjetischen Antisemitismus konnte das Judentum als kollektive Identität in den sozialistischen Staaten auch nicht wiedergeboren werden. An die jüdische Bevölkerung erinnern häufig nur noch materielle Überreste wie zweckentfremdete Synagogen oder verwachsene Friedhöfe, andererseits wachsen die jüdischen Gemeinden in den Metropolen wieder (durch Zuwanderung oder Rückkehr zu den familiären Wurzeln) und die Erinnerung an die ehemaligen NachbarInnen wird durch eine wachsende Zahl an Gedenkstätten und Museen aufrechterhalten. Während die (historische) Existenz einer jüdischen Minderheit in Osteuropa vielen noch geläufig ist, so ist über muslimische autochthone kaum etwas bekannt.

Erste muslimische Bevölkerungsgruppen wie die Tataren kamen im Zuge der Eroberungen der sogenannten „Goldenen Horde“ im 13. und 14. Jahrhundert nach Ost- und später durch die Herrschaft des Osmanischen Reiches auch nach Südosteuropa.¹² Diese bilden, vor allem in Mittel-/Osteuropa, oft nur sehr kleine Gemeinden, doch prägen trotzdem seit Jahrhunderten die Geschichte dieser Region mit. Neben tatarischen Bevölkerungsgruppen bspw. in Ostpolen oder in Trakai in Litauen sind vor dem aktuellen Kontext besonders die Krimtataren zu nennen, deren Khane vom 15.-18. Jahrhundert über die Krim herrschten. Die folgenden Enttatarisierungsbemühungen des Russischen Imperiums, das die Krim im Jahr 1783 in sein Territorium eingliederte, gipfelten in der Sowjetunion schließlich in der genozidalen Deportation des Jahres 1944. Nachdem den Krimtataren im Jahr 1989 schließlich das Rückkehrrecht gewährt wurde, stellen sie nun wieder etwa 12% der Bevölkerung der Halbinsel, die seit 2014 einer der zentralen Schauplätze des schon damals begonnenen russischen Krieges gegen die Ukraine ist. Während die Integration in das nationale Selbstverständnis und die politische Selbstverwaltung der Krimtataren in der Ukraine kein einfacher Prozess war, so haben sich die Krimtataren mit ihrer mehrheitlich sehr pro-ukrainischen Haltung während des Euromaidan 2013/14 und in dem seitdem währenden Krieg

Russlands gegen die Ukraine ihre Zugehörigkeit in das ukrainische Nationenverständnis regelrecht erkämpft.¹³

Die Kriegsausweitung Russlands seit Februar 2022 betrifft die Krimtataren in besonderem Maße. Beispielhaft kann dafür die im September in Russland angeordnete „Teilmobilisierung“ stehen, die laut einigen Schätzungen auf der von Russland annektierten Krim zu 90% Krimtataren betrifft.¹⁴ Dies schreibt sich in die Berichte darüber ein, dass auch andere russische Teilrepubliken, deren Bevölkerung keine ethnischen Russen sind, überproportional von der Mobilisierung getroffen sind.¹⁵ Denn auch die Russische Föderation selbst ist keineswegs ein ethnisch oder religiös einheitlicher Staat, sondern verfügt über die größte muslimische Bevölkerung Europas (ausgenommen der Türkei). Diese besiedelte die heute Russland zugehörigen Gebiete teilweise schon lange vor der Ankunft ostslawischer Bevölkerung in diese Regionen.¹⁶ Dieser Eindruck einer einheitlichen Identität wird in der deutschen Debatte auch häufig auf die Sowjetunion übertragen, die als direkter Vorgänger Russlands angesehen wird. Damit werden die 14 weiteren Sowjetrepubliken mit fatalen Folgen für die politische Debatte unter den Tisch gekehrt, beispielsweise, wenn aus historischer Pietät gegenüber der Sowjetunion argumentiert wird, es sollten keine deutschen Panzer gegen eine russische Armee eingesetzt

⁹ Vgl. Goldberg, Jakub/Kaźmierczyk, Adam: Wstęp, in: dies. (Hg.): Sejm Czterech Ziem. Źródła, Warszawa 2011, S. 5-22.

¹⁰ Vgl. Ettinger, Shmul: The Council of the Four Lands in: Polonsky, Antony/Basista, Jakub/Link-Lenczowski, Andrzej (Hg.): The Jews in Old Poland 1000 – 1795, London/New York 1993, S. 93-109, hier S. 106.

¹¹ David Ben-Gurion, Mosche Scharet, Levi Eschkol, Golda Meir, Menachem Begin, Jitzchak Schamir, Schimon Peres.

¹² Vgl. Introduction, in: Górak-Sosnowska, Katarzyna (Hg.): Muslims in Poland and Eastern Europe. Widening the European Discourse on Islam, Warszawa 2011, S. 9-11, hier S. 9.

¹³ Zur Geschichte der Krimtataren vgl. bspw. Jobst, Kerstin S.: Gefährliche Fremde und Titularnation? Partizipation der Krimtataren im Zarenreich und in der frühen Sowjetunion, in: Boeckh, Katrin et al. (Hg.): Staatsbürgerschaft und Teilhabe. Bürgerliche, politische und soziale Rechte im östlichen Europa, München 2014, S. 179-198 und Zasztowt, Konrad: The Crimean Tatar Muslim Community: Between Annexed Crimea and Mainland Ukraine, in: Studia Religioica 52 (1) 2019, S. 27-48.

¹⁴ Vgl. Walker, Shaun: 'A way to get rid of us': Crimean Tatars decry Russia's mobilisation, in: The Guardian, 25.09.2022, <https://www.theguardian.com/world/2022/sep/25/a-way-to-get-rid-of-us-crimean-tatars-decry-russia-mobilisation> [21.11.2022].

¹⁵ Ilyushina, Mary: Anger flares as Russia mobilization hits minority regions and protesters, in: The Washington Post, 23.09.2022, <https://www.washingtonpost.com/world/2022/09/23/russia-mobilization-minorities-ukraine-war/> [21.11.2022].

¹⁶ Vgl. Der Islam in Russland, in: bpb.de, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-316/>, [21.11.2022].

werden – die historische Verpflichtung Deutschlands gegenüber der Ukraine, deren SoldatInnen ebenso in der Roten Armee gekämpft hatten, wird dabei geflissentlich ignoriert.

Und wie weiter? Anknüpfungspunkte für neue Perspektive auf Osteuropa

Nachdem seit Februar nun halb Twitter einmal kurz von Virologie- zu Ukraine-ExpertInnen geworden ist (viele von ihnen sind, wie es scheint, inzwischen in die Kernphysik übergewechselt) und alle im Mai pflichtschuldig ihre Telefonstimme für die ukrainischen TeilnehmerInnen des Eurovision Song Contests abgegeben haben, bleibt die Frage, welche nachhaltigen Veränderungen der Russische Angriffskrieg auf die Ukraine auf die deutsche politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte haben wird.

Ein Konzept, das in der politischen Szene schon vor einigen Jahren aufgetaucht ist, ist der Begriff „post-ost“, mit dem sich (linke) AktivistInnen mit osteuropäischem Migrationshintergrund bezeichnen. Auch der Begriff „Antislawischer Rassismus“ wird in diesem Kontext häufig verwendet. Mit diesen beiden Bezeichnungen soll auf analytischer und praktischer Ebene die spezifische Diskriminierung von OsteuropäerInnen gefasst und deren Perspektive sichtbar gemacht werden. Entstanden aus dem Bedürfnis, sich in aktuelle linke Diskurse von Intersektionalität und Rassismuskritik einzufügen, können diese Kategorien die Debatte, die eben vor allem die gesellschaftlichen Realitäten ihres Entstehungskontexts in den USA abbildet, sinnvoll für die (west-)europäische Migrationsstruktur erweitern. Diese ist stark durch Einwanderung aus Osteuropa geprägt,¹⁷ doch ist diese Bevölkerungsgruppe häufig nicht unmittelbar als solche wahrnehmbar, da sie sich phänotypisch kaum von der deutschen Mehrheitsbevölkerung unterscheiden und in den Familien oft ein starker Assimilationsdruck herrscht.¹⁸ Dieser „Unsichtbarkeit“ entgegenzuwirken ist eines der Ziele der „post-ost“-Bewegung. Auch die geschichtspolitische Debatte in Deutschland hat sich in den letzten Jahren stärker auf die Verbrechen der Wehrmacht in Osteuropa konzentriert, was sich am Beispiel der diversen Debatten rund um Gedenkstätten für die deutsche Besatzung in Polen spezifisch oder in (Ost-)Europa generell beobachten lässt.¹⁹ Die nationalsozialistischen Überlegenheitsfantasien über die und die rassistische Abwertung der „slawischen Völker“ sind Aspekte, die

auch durch das Konzept des „Antislawischen Rassismus“ gefasst werden sollen, ebenso wie die stereotypisierte Darstellung von OsteuropäerInnen im Film (Bären, Wodka, Bösewichte) oder die herablassende Behandlung osteuropäischer Frauen, die in (West-)Europa im unterbezahlten Sorgearbeits-Sektor angestellt sind. Dieser Begriff gilt einigen als analytisch (noch) nicht klar genug gefasst, subsumiert er doch eine große Bandbreite von Phänomenen und ordnet sich in die Logik identitätspolitischer Debatten ein.

Auch unter osteuropäischen AktivistInnen sind diese beiden Konzepte umstritten. Der „post-ost“-Bewegung wird von einigen Russozentrismus vorgeworfen und auch die Unterordnung unter die Kategorie „Osten“, oft verbunden noch mit dem Attribut „post-sowjetisch“ oder „post-kommunistisch“, wird als Verfestigung künstlich geschaffener Setzungen kritisiert. Und tatsächlich bedienen sich die „post-ost“-AktivistInnen eines strategischen Essentialismus, um aus ihrer Position als Betroffene ihren Ansichten Gehör zu verleihen. Ob ein Aktivismus, der sich aus individueller Betroffenheit speist und sich auf persönliche Erfahrungen bezieht die jahrzehntelange geopolitische Vernachlässigung und das fehlende historische Wissen über den „Osten“ beseitigen kann, ist fraglich. Doch andererseits kann man diese Strategie als realpolitische Notwendigkeit anerkennen, da der (linke) Diskurs derzeit nach diesen Spielregeln und mit Hilfe dieser Kategorien funktioniert. Und tatsächlich scheint die „post-ost“-Bewegung, befeuert durch diverse Ereignisse, wie beispielsweise die Proteste in Belarus 2020, die Verschärfung der Abtreibungsregelungen in Polen im Herbst des selben Jahres oder nun schließlich die Ausweitung des russischen Angriffs auf das gesamte ukrainische Territorium, inzwischen ein fester Teil der linken Szene geworden zu sein. Davon zeugen Einla-

¹⁷ Vgl. bspw. Destatis: Gut jede vierte Person in Deutschland hatte 2021 einen Migrationshintergrund, 12.04.2022, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_162_125.html#:~:text=Von%20den%2022%2C3%20Millionen,%25%20aller%20Menschen%20mit%20Migrationshintergrund [21.11.2022].

¹⁸ Vgl. bspw. Loew, Peter Oliver: Unsichtbar? Polinnen und Polen in Deutschland – die zweitgrößte Zuwanderergruppe, in: bpb.de, 17.10.2017, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoessiers/256398/unsichtbar-polinnen-und-polen-in-deutschland-die-zweitgroesste-zuwanderer-gruppe/#node-content-title-1> [21.11.2022].

¹⁹ Vgl. z.B. Stabsstelle zur Errichtung des Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE), <https://www.dhm.de/museum/ueber-uns/stabsstelle-zur-errichtung-des-dokumentationszentrums-zwbe/> [21.11.2022] oder Zum geplanten "Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen", in: Deutsches Polen Institut, <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/polen-ort/> [21.11.2022].

dungen zu Podiumsveranstaltungen, die Präsenz auf sozialen Medien oder – und nicht zuletzt – der Umstand, dass der (ironische) Bezug auf sowjetische Symboliken oder sogenannte „Gulag-Witze“ auch in der linken Szene zumindest nicht mehr unwidersprochen bleiben.

Ähnliche Debatten werden, verstärkt seit Februar des Jahres 2022, in wissenschaftlichen Kontexten geführt. Dazu gehört auf konkreter Arbeitsebene die Infragestellung der Möglichkeit (und Moralität) der Zusammenarbeit mit russischen WissenschaftlerInnen (institutionelle Kooperationen haben sich spätestens seit der Ausweitung des Krieges sowieso erübrigt).

Auf Ebene der inhaltlichen Auseinandersetzung werden immer wieder die Stichwörter der De-Kolonisierung, -Russifizierung oder -Imperialisierung Osteuropas und seiner Erforschung diskutiert. Dabei herrscht wohl größere Einigkeit über die Umsetzung von Reformen in der Praxis als über die theoretischen Grundlagen einer Neuausrichtung der Osteuropaforschung. Denn dass der überhöhte Stellenwert der russischen Geschichte und Sprache in den Osteuropawissenschaften reduziert werden muss, dass auf die Relevanz und die Interessen aller Staaten, die bis jetzt oft einfach nur «dazwischen» lagen, geachtet werden muss, das wagt niemand zu bestreiten. Doch um die Begrifflichkeiten, theoretischen Grundlagen und Forschungsperspektiven, die über diese Praxismaßnahmen hinausgehen, wird rege gestritten. Die Frage nach dem kolonialen Charakter des Russischen und Sowjetischen Imperiums, aber auch anderer historischer Großreiche der Region, wie beispielsweise des polnisch-litauischen Staates, wird schon seit Jahren diskutiert. In letzter Zeit hat die Geschichtswissenschaft den Begriff der „Imperien“ für diese Staatengebilde bemüht, und unter anderem auf deren ethnische und religiöse Diversität verwiesen. Doch all dies, so KritikerInnen, würde die russische Dominanz nur verschleiern; die Perspektive müsse endlich in Richtung „Peripherie“ verschoben werden, in Richtung der imperialen oder kolonialen Subjekte, die aus ihrer Subalternität hervortreten sollen. Dass eine solche de-Imperialisierung oder de-Kolonialisierung stets auch einen re-essentialisierenden oder re-nationalisierenden

Charakter trägt, ist einer der Kernkonflikte eines dekonstruktivistischen Wissenschaftsverständnisses und gleichzeitig auch einer internationalistischen Linken.²⁰ Dass in einem globalen, vermeintlich post-nationalen Zeitalter nationale Befreiungskämpfe und die Herausbildung nationaler Historiographien einen progressiven Charakter haben können, scheint anachronistisch, ist aber angesichts der geopolitischen, materiellen Realitäten zu einem Umstand geworden, an dem sich sowohl Wissenschaft als auch progressive politische AkteurInnen abarbeiten müssen. Für die Forschung bedeutet dies, sich zwar durchaus im Sinne einer de-Russifizierung auf die vielen anderen Staaten und Gruppierungen zu fokussieren, die im weit verstandenen „Osteuropa“ existieren und agieren, ohne dabei aber ein passantes neue kohärente Nationalhistoriographien zu schaffen, die anschließend wieder in einem mühsamen historischen Prozess dekonstruiert werden müssen. Für sozialdemokratische und sozialistische politische Kräfte bedeutet dies, sich mit linken und progressiven Kräften in Osteuropa auseinanderzusetzen und diese zu unterstützen in einerseits ihrem Streben nach Demokratie und Unabhängigkeit in einem globalen Kontext und andererseits in ihrem Bestreben nach sozialer Gerechtigkeit und Pluralismus innerhalb ihrer Gesellschaften.



²⁰ Vgl. die Debatte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Kassymbekova, Botakoz/Werberger, Anette: Das Herrschervolk regiert noch in den Köpfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.08.2022; Kindler, Robert/Rupprecht, Tobias/Urbansky, Sören: Die Verdammten der russischen Erde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.08.2022; Schulze-Wessel, Martin: Faschismus? Genozid? Vernichtungskrieg?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.07.2022.